

Achimer Doppelhaushalt ist beschlossen

Nur die CDU hat im Umlaufverfahren gegen den neuen Etat gestimmt – Fraktionen loben Schul- und Kitaanbauten

VON KAI PURSCHKE

Achim. Der Beschluss zum Doppelhaushalt 2021/2022 dürfte in der Geschichte Achims die erste Aufstellung eines Etats gewesen sein, für die Mitglieder des Stadtrates nicht zusammengekommen sind. Wie berichtet, mussten sie bis Donnerstagabend ihre Stimmen im Umlaufverfahren schriftlich abgeben haben. Die Fraktionen hatten sich angesichts des Gesundheitsrisikos und der Tatsache, dass auch in Achim das Streaming von Sitzungen noch nicht funktioniert, dafür entschieden (wir berichteten). Mehrheitlich hat der Rat den Doppelhaushalt beschlossen – mit 26 zu 9 Stimmen. Im Gesamtergebnis hat der Ergebnishaushalt in diesem Jahr ein Defizit von rund 1,6 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen von etwa 71 Millionen Euro. Im Jahr 2022 beläuft sich das Defizit auf knapp 600 000 Euro, das Gesamtvolumen liegt bei 73 Millionen Euro.

CDU: Schaden abwenden

Die CDU hatte sich in den Fachausschüssen stets enthalten, wollte aber bei der endgültigen Abstimmung „Farbe bekennen“. Das tat sie auch: Sie stimmte gegen den vorgelegten Doppelhaushalt und erklärte: „Die geplante Verschuldung der Stadt steigt von rund 9,5 Millionen Euro in 2020 auf rund 55 Millionen Euro in 2025. Das will und kann die CDU-Fraktion nicht verantworten, um möglichen Schaden von der Stadt Achim abzuwenden.“ Zwar befürworten die Christdemokraten Positionen wie den Erweiterungsbau der Feuerwehr Uphusen oder die Erweiterungen von Schulen und Kitas, kritisieren aber auch Kosten etwa durch die IGS-Frischküche. Aber insgesamt gelte: Die erforderlichen Kreditaufnahmen für die Zeit 2021 bis 2025 von durchschnittlich 6,8 bis 7 Millionen Euro pro Jahr seien „erschreckend hoch“.

SPD/Mindermann: Notwendig

Die Gruppe SPD/Mindermann stimmte dem



Investitionen in den Ausbau der Achimer Schulen sehen alle Fraktionen als notwendig an.

FOTO: BJÖRN HAKE

Doppelhaushalt zu. „Mit diesem Haushaltsplan werden für die Bürger Achims wichtige und notwendige Vorhaben geplant und umgesetzt“, lautet die Meinung der Gruppe und bezieht sich damit unter anderem auf den Neubau der IGS-Mensa oder die Erschließung und Bebauung der nördlichen Innenstadt. Auch die Planungen für den Bau des Radschnellweges seien ebenso wichtig wie der Fortgang der Sanierung der Radwege entlang der Landesstraßen. Die Gruppe trauert aber immer noch der Ablehnung ihres Antrags auf einen Digital-Lotsen zur Stärkung der heimischen Wirtschaft nach.

Grüne: Beschlüsse sind richtig

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hält fest, dass der Haushalt genehmigungsfähig, jedoch nicht ausgeglichen ist. Das negative Ergebnis im Ergebnishaushalt in allen Ansatzjahren könne nicht zufriedenstellen. „Dennoch werden wir dem Doppelhaushalt zustimmen.“ Die Grünen hoffen, „dass die von der Verwaltung erwartete Erholung der Gewerbesteuererinnahmen und der Einkommensteuer ab 2022 eintritt“. Die Beschlüsse der Fachausschüsse und des Rates seien notwendig und richtig gewesen, führten jedoch dazu, dass sich die Abschreibungen bis 2025 um rund 40 Prozent beziehungsweise von 1,6

Millionen Euro auf über 5,7 Millionen Euro jährlich erhöhen. „Wir müssen daher bei zukünftigen Investitionen nicht nur diskutieren, ob etwas notwendig ist, sondern auch, ob wir es uns leisten können.“

WGA: Problem für die Liquidität

Geschlossen mit „Ja“ hat die Wählergemeinschaft Achim (WGA) für den Doppelhaushalt gestimmt. Aber „leider hat sich bei Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/2022 gezeigt, dass die angesetzten Erträge die geplanten Aufwendungen immer weniger decken konnten. Das ist ein Problem mit ungeahnten Auswirkungen auf die Liquidität der Stadt Achim. Daher werden in den nächsten Jahren Kreditaufnahmen unumgänglich sein, um die fortgeschriebenen Investitionen auszugleichen“. Die Investitionen in den nächsten beiden Jahren, die aus Sicht der WGA „überwiegend aus Pflichtleistungen bestehen“, unterstütze sie ausdrücklich – dagegen spielt für die Fraktion das Projekt Achim-West bekanntlich keine Rolle mehr.

FDP: Strenge Prüfung

Die FDP, die dem Haushalt zugestimmt hat, merkt an, dass der Doppelhaushalt und die mittelfristige Finanzplanung „überwiegend durch gesetzlich vorgeschriebene Investitio-

nen belastet“ werde. „Daher ist derzeit für Achim kein ausgeglichener Haushalt zu realisieren“, betonen die Liberalen. In dieser Lage sei es notwendig, jede haushaltswirksame Entscheidung streng zu prüfen, insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen: Als Beispiele nennt die FDP Posten im neuen Haushalt wie die Frischeküche der IGS, die Achim-West-Entwicklungsgesellschaft oder den Radschnellweg. Anträge von Vereinen und Gruppierungen auf finanzielle Unterstützung seien Themen grundsätzlicher Debatten. „Wir als FDP unterstützen zusätzliche Leistungen, wenn sie durch Initiative der Bürger nicht erbracht werden können.“

Steuererhöhungen ab 2023 sind eine Option

Um in der schwierigen Finanzsituation in den nächsten Jahren für höhere Einnahmen zu sorgen, könnte die Stadt Achim ab 2023 die Steuern erhöhen, indem sie an der Schraube für die sogenannten Hebesätze der Gewerbe- und Einkommensteuer dreht. Zumindest ist dies in den Augen einiger Fraktionen kein Tabu-Thema mehr, wie auch aus ihren Haushaltsreden ersichtlich ist. So heißt es etwa bei Bündnis 90/Die Grünen: „Zur Haushaltsehrlichkeit und -transparenz gehört, darauf hinzuweisen, dass

Ditzfeld: Satte Zweidrittel-Mehrheit

Rathauschef Rainer Ditzfeld sprach von einer „satten Zweidrittel-Mehrheit“, mit der er als Bürgermeister leben könne, auch wenn er es gerne gesehen hätte, dass der Rat geschlossen zustimmt. Er lobte die Fraktionen für „die konstruktive Zusammenarbeit“, auf deren Grundlage die Verwaltung und die Politik die Stadt im Coronajahr manövriert hätten. Und er betonte, dass Achim in diesem und im nächsten Jahr zwar acht und knapp sieben Millionen Euro an Krediten aufnehmen müsse, dafür aber pro Jahr mehr als 14 Millionen Euro in Bauten investieren will. Ditzfeld ist froh, dass Steuererhöhungen vermieden werden konnten.

im Falle geringerer Erträge und Nichterreicherung der Haushaltsansätze eine Anhebung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer diskutiert werden muss.“ Und auch die CDU ist mit Blick auf die künftigen Ausgaben der Stadt Achim der Meinung: „Dies alles trägt dazu bei, dass der Haushalt in den kommenden Jahren durch Anpassung der Hebesätze ausgeglichen werden muss, wenn eine Reduzierung der Aufwendungen oder eine andere Finanzierung nicht möglich ist.“

KAP